

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1905**

71 (24.3.1905)

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger angelegt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postbelegnummer: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 71.

Karlsruhe, Freitag den 24. März 1905.

25. Jahrgang.

## Block-Phantasien.

Karlsruhe, 24. März.

Ueber den Zusammenschluß der Linken bringt der „Bad. Landesbote“ einen Artikel, in welchem er u. a. bemerkt:

„Dah die Sozialdemokratie ihre eigenen Wege geht, wird einmütig so lange nicht zu ändern sein, als sie die gesamten bürgerlichen Parteien als die „einzige reaktionäre Masse“ ansieht, mit der man um so weniger paktieren kann, je weiter links die einzelnen Parteigruppen stehen. Ein Zusammengehen mit den reaktionären Parteien ist dagegen viel weniger gefährlich, da es zwischen ihnen und den Sozialdemokraten keine inneren Verbindungspunkte gibt.“

Zunächst ist es total unrichtig, daß die Sozialdemokratie vom Standpunkt der „einzigen reaktionären Masse“ der bürgerlichen Parteien aus ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ablehnt und noch viel unrichtiger ist es, daß sie um so weniger paktieren könnte, je weiter links die bürgerlichen Parteien stünden, weil das für die Sozialdemokratie gefährlich sei. Das sind Phantasien, die jedweder realen Unterlage entbehren, was der „Bad. Landesbote“ übrigens am ehesten wissen sollte. Die Sozialdemokratie hat an die linksstehenden bürgerlichen Parteien noch keine Wähler verloren, wohl aber rücken immer mehr linksstehende bürgerliche Wähler in das Lager der Sozialdemokratie ab. Das zeigt doch jede Wahl.

Wo waren denn die Demokraten oder die Nationalsozialisten oder gar die Freisinnigen der Sozialdemokratie jemals in Bezug auf vorhandene Verbindungspunkte gefährlich? Den „Landesbote“ erinnern wir daran, daß die Sozialdemokratie in Karlsruhe wiederholt mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien, insbesondere aber mit der Demokratie, bei den Wahlen paktiert hat. Was haben denn die Demokraten dabei von der Sozialdemokratie gewonnen? Erstmals wurde in Karlsruhe zwischen der Sozialdemokratie und den linksstehenden bürgerlichen Parteien im Jahre 1897 ein Kompromiß abgeschlossen. Bei der vorhergegangenen Reichstagswahl im 10. badischen Reichstagswahlkreis wurde in der Stichwahl der freisinnige Kandidat gewählt. Die Sozialdemokratie fand erst an dritter Stelle und kam deshalb nicht in die Stichwahl. Bei der dem ersten Kompromiß mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien folgenden Reichstagswahl im Jahre 1898, bei welcher der weit zugkräftigere demokratische Abgeordnete Heimburger Kandidat der Linken liberalen und des Zentrums war, rückte die Sozialdemokratie an die erste Stelle mit über 9000 Stimmen, während gleichzeitig der linksliberale Kandidat aus der Stichwahl verdrängt wurde. Noch einmal im Jahre 1901 schloß die Sozialdemokratie in Karlsruhe ein Kompromiß mit den Demokraten für die Landtagswahlen ab und dazwischen ebenfalls für die Stadtverordnetenwahlen.

Was hat die Sozialdemokratie dabei verloren und die Demokratie gewonnen? Die karlsruher Sozialdemokratie hat bei den letzten Reichstagswahlen in der Stadt Karlsruhe allein so viel Stimmen aufgebracht, als die zweitstärkste Partei, die Nationalliberalen, im ganzen Wahlkreis; sie hat in der Stadt Karlsruhe beinahe sechs mal so viel Stimmen aufgebracht, als die Demokratie im ganzen Wahlkreis; sie hat in der Stadt Karlsruhe beinahe dreimal so viel Stimmen aufgebracht, als die beiden linksliberalen Parteien im ganzen Wahlkreis. Die Sozialdemokratie hat in Karlsruhe mehr Stimmen aufgebracht, als die Demokratie im

ganzen Lande. Die Demokratie hätte auch in all denjenigen Bezirken, in welchen sie keine Kandidaten aufgestellt hatte, solche aufstellen können, und es wäre immer noch fraglich gewesen, ob sie auch nur so viel Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt hätte, als die karlsruher Sozialdemokratie allein aufbrachte, und dies, obwohl diese wiederholt mit den für sie so „gefährlichen“ Demokraten bei den Wahlen paktiert hatte. So also steht mit der „Gefährlichkeit“ der am weitesten links stehenden bürgerlichen Parteien in Wirklichkeit. Es verhält sich damit ebenso, wie mit der auch so oft wiederkehrenden, total irrigen Behauptung, die Sozialdemokratie mache nicht infolge ihrer sozialistischen Prinzipien, als vielmehr mit den den „gefährlichen“ Demokraten „entlehnten“ politischen Programmforderungen so riesige Fortschritte, während die Demokratie, trotz ihrer „Gefährlichkeit“ für die Sozialdemokratie, von Wahl zu Wahl an Anhängern verliert. Das „Geheimnis“ dieses allerdings sehr auffallenden Vorganges ist zwar nicht sehr schwer zu enthüllen.

Wenn dem „Bad. Landesbote“ wirklich die Gründe noch nicht bekannt sein sollten, welche die Sozialdemokratie zwingen, keinen Pakt mit den liberalen Parteien abzuschließen, so lese er einmal die Broschüre des Herrn Dr. Ludwig Haas über: „Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie“. Die Schuld liegt nicht bei der Sozialdemokratie, die den Liberalismus noch niemals im Stich gelassen hat, wo er mit der Reaktion ernsthaft den Kampf aufgenommen hat. Mit einer Partei, die den Standpunkt einnehmen würde, den Dr. Haas in seiner Broschüre verteidigt, könnte die Sozialdemokratie sehr wohl paktieren, vorausgesetzt, daß diese Partei so stark wäre, daß sich ein Pakt mit ihr auch lohnte. Aber diese Partei existiert eben nur in der Phantasia einiger wohlmeinenden Leute. Nicht einmal die bürgerliche Demokratie vertritt in alledem den Standpunkt, den Dr. Haas theoretisch verteidigt. Eine bürgerliche Partei kann diesen Standpunkt auch gar nicht einnehmen, denn die Konsequenz desselben ist der Sozialismus, in die politische Praxis überführt die Sozialdemokratie.

Herr Dr. Haas allerdings bleibt auf halbem Wege stehen, weshalb die von ihm vertretenen politischen Theorien praktisch auch nicht von Bedeutung sein können. Wenn er schreibt, er glaube nicht, daß unsere heutige Wirtschaftsordnung die letzte sei, denn das hieße alle Gesetze der Entwicklung verleugnen, und wenn er andererseits hervorhebt, er glaube aber auch nicht, daß in absehbarer Zeit eine sozialistische Wirtschaftsordnung geschaffen (1) werde, so beweist Herr Haas damit gar nichts gegen die Sozialdemokratie und den theoretischen Teil ihres Programms, er beweist aber erst recht nichts für die praktische Notwendigkeit und Durchführbarkeit der von ihm vertretenen Theorie. Eine bürgerliche Partei mit sozialistischem Programm ist die Utopie zu Pferde.

Es gibt nur ein Entweder—Oder. Entweder anerkennt man die Grundlage der heutigen Wirtschafts- und damit eo ipso auch der heutigen Staatsordnung und das ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln, am Grund und Boden, und dann kann man den Forderungen der Arbeiter und damit den Forderungen der Kultur im allerbesten Falle nur in sehr beschränkter Maße Rechnung tragen. Oder aber man bekämpft den heutigen Gesellschaftszustand grundsätzlich, indem man auf die Verwirklichung der letzten Lehren der sozialen und politischen Theorie hinarbeitet. In diesem Falle bleibt für den, der nicht mit der Rolle des einsamen Wolfenwändlers sich begnügen will, nichts an-

deres übrig, als sich derjenigen Partei anzuschließen, welche die heutige Gesellschaftsordnung grundsätzlich bekämpft und das ist eben nur die Sozialdemokratie. Der Liberalismus kann sich mit der Demokratie niemals auf ein Programm, wie es Herr Dr. Haas theoretisch verteidigt, festlegen, denn er würde damit den größten Teil seiner Anhänger verlieren. Die Leute, die mit solchen Theorien gewonnen und überzeugt werden können, bleiben zumeist nicht auf halbem Wege stehen, sondern sie schließen sich derjenigen Partei an, die längst die Konsequenzen dieses Standpunktes gezogen hat. Der Kampf für eine menschenwürdige Existenz der großen Massen kann nichts anderes sein, als der Kampf gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen die Klassenherrschaft der Kapitalisten und Junker. Eine wirklich soziale und demokratische Politik kann nur gegen die heute herrschenden Klassen gemacht werden. Die Phantasia von dem großen „Bund“, in dem Liberale, Demokraten und Sozialdemokraten einträchtig zusammenwirken, um die Reaktion, die politische sowohl als die soziale, die wirtschaftliche und die geistige, zu überwinden, ist und bleibt eine Phantasia. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kann der Wahrspruch: „Alles für das Volk und alles durch das Volk“ schlechterdings nicht verwirklicht werden. Die politische Demokratie allein tut nicht, das beweist die republikanische Schweiz und das republikanische Amerika. Die wirtschaftliche Demokratie aber bedeutet die Vereinigung der Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung. Item, wir glauben nicht an die Vereinigung von Liberalismus und Demokratie, wie sie Herr Dr. Haas träumt, diese bürgerliche Utopie ist und bleibt eine Utopie. Sie kann nur in der Phantasia existieren, genau so wie die „Gefährlichkeit“ der bürgerlichen Demokratie für die Sozialdemokratie.

## Politische Uebersicht.

Wethmann-Hollweg.

Während der Aufführung des „Prinzen von Homburg“ im königlichen Schauspielhaus am Dienstag Abend hat Wilhelm II., wie der „Berliner Lokalanzeiger“ als erster bestimmt mitzutheilen weis, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Herrn von Wethmann-Hollweg, zum preussischen Minister des Innern ernannt.

Die Konserwativen werden mit diesem Tausch zufrieden sein. An die Stelle des Freiherrn von Hammerstein, des unbedingten Royalisten, tritt ein konstitutioneller Minister, wie sie ihn wünschen, nämlich ein erklärter konserwativer Parteigänger, auf den sie unter allen Umständen zählen dürfen. Herr von Wethmann-Hollweg hat in den Wahlkämpfen des Jahres 1890 neben Herrn v. Kardorff die Standarte der Deutschen Reichspartei getragen; er wurde damals zum Reichstagsabgeordneten von Oberbarmin gewählt, legte aber das Mandat wegen besorgender Ungültigkeitserklärung sehr bald wieder nieder. Oberpräsident der Provinz Brandenburg war er seit 1899; die Konfession mit der Regierung, in die die Berliner Gemeinde seit jener Zeit geriet, sind zum guten Teile aus seiner Rechnung zu legen. Als höchster Verwaltungsbeamter des Staates wird er ein noch gefährlicherer Gegner der kommunalen Selbstverwaltung sein, als es bisher gewesen ist.

Schon einmal sollte Herr von Wethmann-Hollweg an die Spitze des Ministeriums des Innern treten, nämlich im Jahre 1901 nach dem Falle der zweiten Kanalvorlage. Damals als Wethmann, Wresfeld und Hammerstein-

Parteien sehr ungnädig entlassen worden waren, lehnte der Oberpräsident von Brandenburg die ihm angebotene Beförderung ab. Ein seltener Fall für einen königlich preussischen Staatsbeamten, eine vollständig unverständliche Sache für den seligen Hammerstein, der keine Politik, sondern nur stummes Partieren kannte.

Jetzt, da die Beziehungen der Krone zur konserwativen Partei wieder in ungetriebem Glanze strahlen, läßt sich Herr von Wethmann-Hollweg dazu herbei, das Erbe Hammersteins anzutreten. Er verrät durch solches Handeln eine bei preussischen Ministern nicht allzuhäufige politische Selbständigkeit. Der Unterschied zwischen ihm und seinem Vorgänger besteht also darin, daß Herr von Hammerstein reaktionär regierte, wie man's von ihm verlangte, während Herr von Wethmann-Hollweg reaktionär regieren wird, wie er's selber haben will. Sein Vorgänger hatte für sein Amt als Polizeiminister nichts weiter mitgebracht als Treue und Gehorsam gegen Kaiser und Jar, der neue Mann aber bringt Lust und Liebe dazu mit.

Nach dem unbedingten Royalisten der unbedingte Konserwatve; nach dem Fehdelberger Bandalen der Bonner Vorwuffel. Das Bild ist ein wenig anders, aber schöner ist es nicht geworden.

Eine neue greuliche Terrorisngeschichte macht die Kunde durch die bürgerliche Presse. Die Berliner „Neue freie Volksbühne“ soll von der Sozialdemokratie „mit dem großen Baumschuh bedroht werden, weil sie ihre Schillerfeier an einer sehr vornehmen, aber von den roten Genossen boykottierten Kunststätte abhalten wollte“.

Der Sachverhalt ist der folgende: Der Saal der Philharmonie in Berlin, der gelegentlich auch für bürgerlich-politische Veranstaltungen benützt wird, steht den Berliner Arbeitern nicht zur Verfügung. Eine völlige Sperre dieses Saales, der vornehmlich der Veranstaltung ausgezeichneter Musikaufführungen dient, ist nicht angängig und wird auch nicht gehandhabt. Der Versuch der Philharmonie steht den Parteigenossen frei; andererseits wünscht die Lokalkommission nicht, daß Arbeiterorganisationen den Saal zu ihren Veranstaltungen benutzen, solange er nicht allen Arbeiterorganisationen zugänglich ist. Jene Arbeitervereine, die künstlerische Zwecke verfolgen, wie die „Freie Volksbühne“, die vorgenannte „Neue freie Volksbühne“, die „Typographia“ usw. empfinden jenes Verbot, das einem durchaus berechtigten Prinzip entspricht, in diesen prächtigen Einzelstücken als lästig. Da die Philharmonie vornehmlich Kunststätte und in Berlin kein Mangel an Sälen ist, läßt es sich sehr wohl denken, daß hier eine Ausnahme gemacht werden könnte. Nun hat aber die „Neue freie Volksbühne“ über den Kopf der Lokalkommission hinweg mit der Philharmonie abgeschlossen und gleichzeitig einen — Antrag auf Aufhebung der Sperre bei der Lokalkommission eingebracht. Der Antrag wurde von der Lokalkommission abgelehnt. Darauf veröffentlichte der Vorstand der „Neuen freien Volksbühne“ ein Flugblatt, in welchem er unter Verhöhnung der Partei die eigenmächtige Uebertretung des Philharmonieverbotes ankündigte. Dabei berief sich der Vorstand der „Neuen freien Volksbühne“ auf die „Freie Volksbühne“, das ältere und größere Schwesterinstitut als angeblichen Bundesgenossen, obwohl diese ausdrücklich erklärt hatte, sie wolle Disziplin halten und sich bestehenden Beschlüssen fügen, solange sie nicht aufgehoben sind.

Gegen ein solches Vorgehen der „Neuen freien Volksbühne“ haben die Berliner Parteigenossen protestiert und diesem Protest hat sich die „Freie

Bahnemo hatte noch nicht Hand an die Arbeit gelegt. In der Stube, wo er sah, war der Fußboden schwarz wie Erde; im Bett lag halbverkauftes Stroh nebst einigen zerrissenen Decken, die Türflinte war abgelaufen, sodas die Tür zur Küche halb offen stand, und auf dem Feuerherd stand auf einigen Torfstöhlen ein schwarzer Staffelest.

Njådel starrte mit schlaffer Miene durch die kleinen Fensterscheiben. Er war noch nicht halb fertig mit der Frühjahrsarbeit auf dem Felde und man war schon mitten im April. Die nächsten Glieder hingen matt herunter, der wirre Bart war an den Mundwinkeln grau geworden und der Rücken hatte sich stark gekrümmt. Es lag eine dumpfe Hilflosigkeit über den ganzen Kleinkörper ausgebreitet, wie er so zusammengeknauten in der niedrigen Stube dasaß, während draußen der Regen schwer herabsiel und der Wind im Schornstein heulte.

Seine Gedanken durchliefen den Neimen Kreis, in dem sie sich um fast zwei Jahre hindurch bewegt hatten. Es war diese „Sache“, die gar kein Ende nehmen wollte.

All das Geld, das herausgibt worden, all die guten Worte und Versprechungen des Bruders, alle Hoffnungen, alle Enttäuschungen — alles, was ihn die lange Zeit hindurch in Spannung gehalten, flug jetzt an, ihn zu lähmen, wie eine dunkle, geheimnisvolle Macht, mit der er im Finstern kämpfte, ohne zu wissen warum.

Droben im Gebirge hatte er mit Berggipfeln kämpfen müssen; aber das war eine ehrliche Sache, und als es überwunden war, ließ sich nichts weiter dabei machen. Hier unten aber war er von etwas anderem verfolgt. Wohin er sich auch wendete, überall stieß er an etwas Kaltes, Weiches, das sich nicht zerbrachen ließ und nicht nachgeben wollte.

(Fortsetzung folgt.)

## Arbeiter.

Roman von Alexander A. Skelland. Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän E. v. Sarauu.

(Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Christine und Johann nannten, wenn sie unter sich waren, niemals Møds Namen, und Oskel Andreas gab sich alle Mühe, dem Doktor Vennechen aus dem Wege zu gehen. Sie sprachen überhaupt nicht viel. Wenn er für ihre Pflege georgt und alles, was in seinen Kräften stand, zur Linderung ihres Zustandes getan hatte, so hatte sie es gern, daß er sich nicht ans Bett setzte. Dann lag sie still und sah ihn an, aber sie hatte es nicht gern, daß er sie anah, obgleich er hoch und teuer versicherte, sie habe sich in seinen Augen wenig verändert.

Christine hatte dieselbe Scheu vor dem Krankenhanse, die beim gemeinen Manne so eingebürgert ist und so wohl begründet ist. Zuletzt aber gab sie den Ueberredungen des Doktors nach, sich ins Hospital bringen zu lassen.

An dem Tage, der zu ihrer Ueberführung bestimmt war — einem sonnigen Tage im April — erhielt sie einen Brief vom Koffen-Nestermann, den sie nur mit Anstrengung zu entziffern vermochte.

„Liebe Christine!

Der Nestermann sagte, ich sollte eine schriftliche Klage einreichen und nun ist meine Klage zurückgekommen und du kannst dir denken, daß sie gut ausfällt mit all den Bemerkungen: An den Notkenmeister zur Erklärung, zurück an den Amtmann und Wege-Ingenieur und die ganze Klerlei hat darauf geschrieben und zuletzt war nur ein ganz kleiner Platz unten auf der letzten Seite übrig, und da schrieb ich hin: „Ganz wie ich es erwartet habe — Seebus“; aber der Amtmann soll deshalb böse auf mich sein. Doch das ist nicht das Schlimmste; es ist aber gut, daß es

dir gut geht, wie du neulich geschrieben hast, denn uns geht es nicht gut, was ich dir jetzt nicht sagen wollte, weil ich dich nicht betrüben möchte, aber jetzt muß es heraus in die Feder, denn es geht jetzt gar zu toll. Dein Vater ist ganz verarmt, er ist zum Bettler geworden. Alles ist draufgegangen für die Sache, mit der dein Mann zu tun hat, und außerdem ist er jetzt so, daß er nicht mehr arbeitet, so kannst du dir selber denken, sondern er sitzt meistes und harret die Wand an. Das möchte ich dir jetzt erzählen, denn du mußt nach Hause kommen und Ordnung schaffen, denn jetzt geht es über meinen Verstand, und ich glaube, er wird wahnsinnig darüber, wenn du aber nicht kommen kannst, so schreibe ihm etwas Gutes, am liebsten von der Sache.

Dein alter Freund

Lauritz B. Seebus.“

Christine legte sich ins Bett zurück und weinte. Im Laufe des Winters hatte sie sich dazu gezwungen, verguligt nach Hause zu schreiben und der Nestermann hatte in demselben Tone geantwortet. Jetzt begriff sie, daß man ihr nicht die Wahrheit gesagt habe und es erlöste sie eine mächtige Sehnsucht nach ihrem Vater und der Heimat und der Küste dort im Westen. Sie setzte sich aufrecht im Bette, um dem Vater einen guten Brief zu schreiben.

„Lieber Vater!

Wenn ich höre, daß es dir so schlecht geht, so wird mein Herz von Jammer und Beschämung befallen. Denn ich sehe jetzt ein, daß ich niemals hätte von dir weglaufen sollen. Aber nun mußt du mir verzeihen und ganzest davon überzeugt sein, daß ich in meinem Herzen immer lieb habe. Ich kann nicht zu dir kommen, denn ich bin nicht wohl, aber sonst geht es mir gut.“

Christine hielt inne, sie schrieb jedes Wort mit Anstrengung; und sie dachte, daß Gott ihr vergeben würde, daß sie nicht die volle Wahrheit sagte, um

den Vater nicht zu betrüben, der ohnehin schon genug zu ertragen hatte.

Ein Wagen bog in den Torweg ein; das Mädchen kam und küßte: „Der Doktor.“ Es war der Hospitalwagen, der sie abholen sollte. Ein Schreck durchzuckte sie und als sie wieder die Feder ergriff, war es ihr nicht mehr möglich, etwas zu verbergen:

„Mein lieber guter Vater! Es ist nicht wahr, daß es mir gut geht; es geht mir immer schlimmer als dem Schlimmsten, und jetzt hole ich mich ab, denn ich muß sterben, und ich sehe dich nimmermehr und niemals die See und die Häuser daheim, grüß den Nestermann. Leb wohl!“

Deine Christine.“

Als der Doktor ans Bett trat, war sie so ermattet, daß er sie durch Naphtha wieder zu sich bringen mußte. Er schrieb die Adresse auf ihren Brief und half sie dann in den Wagen tragen.

Obgleich die Ueberführung mit der größten Vorsicht und Sorgfalt vorgenommen wurde, war die Kranke doch völlig entkräftet, als sie in dem alten Hospital zu Bett gebracht worden war.

Lange Zeit lag sie mit geschlossenen Augen; als sie sie aber endlich aufschlug, glitt ein Rächeln über ihr Gesicht.

Durch das Fenster sah sie in den klaren Frühlingshimmel hinaus; der Sonnenchein fiel voll in das helle freundliche Zimmer, das man für sie eingerichtet hatte.

Christine wandte das Gesicht dem Doktor zu und sagte: „Herzlichen Dank, Johann, hier wird es gut zu sterben sein.“ Und sie streckte sich in den glatten, reinen Bettlächern aus und schloß wieder die Augen.

Aber das Rächeln verblieb auf den entstellten Lippen und machte sie in seinen Augen schön, wie in früherer Zeit. Es war schon 10 Uhr vormittags; aber Njådel

**Volksbühne** angehängt. Das ist der Sachverhalt, an den die bürgerliche Presse tiefstimmige Verurteilungen knüpft über den Terrorismus und die Künsteilnehmlichkeit der sozialdemokratischen Partei!

### Aus Baden.

**Die Demokraten** bekommen in Karlsruhe den „viertelsten“ Bezirk zur Aufstellung einer Kandidatur überwiesen. Wie die „Bad. Landesztg.“ berichtet, erklärte sich eine nationalliberale Vertrauensmännerversammlung nach einem Vortrag des Herrn Registrarsassistenten Jakob über die politische Lage in Baden einmütig für die tatkräftige Unterstützung der demokratischen Landtagskandidatur, wie sie der Wahlkompromiß der liberalen Parteien für die Südstadt vorsieht.

Den Freisinnigen soll die Weststadt mit Mühlburg zugewiesen werden. Es ist das der „zweitbeste“ Bezirk. Im „dritten“ wollen die Nationalliberalen einen Kandidaten als Kandidaten präsentieren. In der inneren Stadt kandidiert Dr. Vinz.

**Der pfarrerliche Wahlagitator.** Zu der Verichtigung des Pfarrers Dorbach von Malisch schreibt uns unser Korrespondent: Das haben wir erwartet. Also der Herr Pfarrer behauptet, es sei unwahr, daß er für eine der Geheimkandidaturen ein besonderes Interesse habe. Hand aufs Herz, Herr Dorbach? Was haben Sie für ein Gespräch mit der Gebamme geführt, als Sie dieselbe in die Sakristei rufen ließen? Haben Sie sich nicht auf dem Absatz herumgedreht und Ihren Unmut geäußert, als Sie die Namen der Ihnen nicht genehmen Kandidaturen erfuhr? Haben Sie dabei nicht den beleidigenden Ausdruck „Zweizimmer“ gebraucht? Sodann: Ist Ihnen nicht eine von den vier Kandidaturen so einwandfrei erschienen, daß Sie deren Schwärze zu sich rufen ließen, wahrscheinlich um dieser die nötigen Anweisungen für die Wahlarbeit zu geben? Nachgewiesen ist nun, daß Sie die Gebamme bei ihrer Agitation zu den Frauen sagte: Es wäre mir gar nicht so recht gewesen, aber der Pfarrer will es haben. Von ungefähr fühlte sich die Frau doch nicht veranlaßt, sich auf diese Weise zu empfehlen. Oder will der Herr Dorbach seine Kandidatur öffentlich Lügen strafen? Ihr Brief an den Gemeinderat — Herr Pfarrer Dorbach — war für jeden, der die hiesigen Verhältnisse kennt, deutlich genug; man wußte, wo Sie damit hinstreben. Wenn Sie Herr Dorbach zum Schluß behaupten, Sie hätten dem Gemeinderat den Brief geschrieben, bevor Sie wußten, daß die Frauen die Wahl der Gebamme vorziehen, so ist das nicht wahr. Es tut uns leid, Herr Pfarrer, aber wir müssen Ihrem Gebächtnis etwas nachsehen. Am Dienstag vor der Wahl hat Ihnen die Gebamme bereits erwähnte Gebamme in der Sakristei die Mitteilung gemacht, daß die Frauen die Gebamme wählen, was Sie vorher möglicherweise nicht gewußt haben. Ihr Brief aber wurde erst am Wahltag, also am Donnerstag an den Gemeinderat geschickt. Sie wußten damals also schon, daß die Frauen die Wahl vorziehen. Wie kommen Sie dazu, den § 11 des Verfassungsgesetzes zu benützen, um der Redaktion des „Volksfreund“ eine Unwahrheit zum Vorwurf zu machen, indem Sie sich selbst einer Unwahrheit bedienen? Unrichtig ist nur, daß Sie dem Gemeinderat direkt eine Kandidatur empfohlen hätten. Alles übrige ist wahr und es bleibt dabei.

### Deutsches Reich.

**Neue kommunistische Ansichten über den Beruf des Volksvertreters** — entwickelt die konservative „Kreuzzeitung“: Sie äußert lebhafteste Bedenken gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und redigiert ihre Parteigenossen, die dennoch für sie stimmen, wie folgt:

Wenn unsere Abgeordneten dafür stimmen, so tun sie es nur unter Abwälzung der Verantwortung auf die Exekutive und die Parteien, die seit Jahrzehnten auf die Verhinderung der aktiven Dienstzeit gedrängt haben. Darin offenbart sich eine Auffassung vom Beruf eines Volksvertreters, die selbst für konservative Kreise verblüffend ist. Die Parteien sind doch nicht dazu da, ja zu schreien, wenn die anderen ja sagen, sondern nach ihrer Überzeugung und auf eigene Verantwortung zu entscheiden. Die Verantwortung für sein eigenes Wort auf die andere Parteien und die Regierung, abzuwälzen, ist ein lächerliches Unterfangen. Wenn das Leitorgan der Konservativen solchen Unsinns verbricht, so beweist es, daß die „konservative Weltanschauung“ noch nicht bis zu der Bildung der einfachen politischen Begriffe gekommen ist. Das Sondern auf fremde Gefahr ist immer Zukunftspolitik gewesen, aber das „Stimmen auf fremde Verantwortung“ ist eine neuzeitliche Erfindung und Patent der „Kreuzzeitung“.

**Vor der Marokkofahrt.** Die französisch-österreichische Presse spricht sich über die bevorstehende Marokkofahrt des deutschen Kaisers mit begrifflicher Zurückhaltung aus. Derselbe lauter sind plötzlich auf deutscher Seite die Stimmen geworden, die versichern, daß die Gesandtschaft, die die deutsche Regierung für die französische Republik begehrt, die denkbar freundlichste seien. Da doch Deutschland und Frankreich in Marokko dieselben Ziele verfolgen, sei für sie die beste Zeit gekommen, einträchtig mit einander zu gehen. — „Was mein Bruder Karl will, will ich auch“, sagte Franz I. ehe er mit Karl V. um Mailand, das sie beide haben wollten, kämpfte. Das Gebahren der deutschen Offiziere erinnert bedenklich an diese historische Anekdote. „Was die befreundete französische Republik will, will das offizielle Deutschland auch“ — nämlich in Marokko die erste Geige spielen. Diesem Zweck soll die Fahrt des deutschen Kaisers dienen; es hat keinen Zweck, gefährliche weltpolitische Pläne in offizielles Phrasengewölbe zu hüllen.

**Gegen die „Humanitätsjustiz“** eifert der bekannte Scharfmacher-General v. Bogoslawski in der „Täglichen Rundschau“. Die Beschlässe des Reichstags zur Abänderung des Militärstrafgesetzes beruhen nach seiner Meinung „auf einem falschen Idealismus und Humanitätsjustiz, die ins Praktische überführt, das Verderben der Armee früher oder später sein würde. Den Kriegsminister preist er, weil er von den Beschlässen des Reichstags nichts wissen will und die Militärjustiz gegen die Angriffe der „Ideologen und Wülfen“ (das sind Sozialdemokraten, Freisinnige und Zentrumsteile) verteidigt habe. Den Geist des Herrn v. Bogoslawski aber überleitet die „Tägliche Rundschau“ sofort ins Praktische, indem sie ihr Stimmungsbild aus dem Reichstage mit den Worten schließt:

Auf das Gebiet der Soldatenmishandlungen leitete Genoffe“ Weitz die Unterhaltung zurück

indem er um das Schicksal eines angeblich in das Meer eingestellten Geisteskranken Zahlen der Wehmut verlag.

Das Blatt, das sich einen solchen Ausbruch biestlicher Rohheit zu schulden kommen läßt, gehört zu den Lieblingsorganen der „gebildeten“ Schichten der Bourgeoisie. Es gehört zu den wildesten Lärmmachern der bürgerlichen „Schillerfeier“ und bestreitet der Arbeiterkassen am lautesten das Recht, nach ihrer eigenen Art das Gedächtnis eines Dichters zu begehen, der vor allen ein Dichter des Idealismus und der Humanität gewesen ist. Für Schiller ist es allerdings ein Glück, daß er mit dem geltenden Militärstrafgesetz nichts zu tun hatte; als Defektor der württembergischen Armee wäre es ihm übel ergangen.

**Einen nachsahnungswerten Erlaß** hat der Herzog von Anhalt ergehen lassen. In einem an die Kreisdirektion und die Magistrat gerichteten Regierungserlaß wird ausgeführt, daß es nicht in der Absicht des Herzogs liegt, wenn die Gemeinden aus Anlaß seines eventuellen Besuchs größere Summen zur Ausschmückung der einzelnen Städte möchte sich mit dem Flagen begnügen.

### Husland.

**Oesterreich.**

**Der Verein „Freie Schule“** hat sich konstituiert. Der Zweck dieser Vereinigung geht, wie wir schon einmal kurz mitgeteilt haben, dahin, den reaktionären Antikomm, der auch in Oesterreich gegen die Schule gerichtet wird, abzuschlagen und für eine freie Schule, losgelöst von jedem heritralen Zwange, zu wirken. Beigeordnete sind Herr u. a. der Präsident der Akademie, der Wissenschaften und die Dekane der drei weltlichen Fakultäten. Neben an deren hielt in der konstituierenden Versammlung auch unser Genoffener Bernerstorfer eine Ansprache; unter ihm jenseitigen Beifall sagte er u. a.: „Wenn die bürgerlichen Parteien sich entschließen, tapfer zu sein, wird werden das nicht als unläuterer Wettbewerb auffassen; im Gegenteil, wir werden uns freuen. Im Kampfe für die freie Schule werden wir immer mit Leib und Seele dabei sein. Jetzt in dieser Zeit hebt der Kampf an, der zur Entscheidung kommen wird, in diesem Jahrhundert noch, der große Kampf zwischen blinder Autorität und absoluter Gerechtigkeit und Gewissenstreue; der Kampf, in dem es kein Kompromiß gibt und kein Verweilen auf einer mittleren Linie und keinen Friedensschluß, sondern nur Sieg und Niederlage. Und wenn irgend etwas sicher ist, so ist es der Gedanke, daß wir schließlich siegen werden gegen die Vertreter der Autorität und Unterdrückung.“ In den 43gliedrigen Ausschuss des Vereins wurden auch die Genossen Bernerstorfer, Freyler, Kessel, Seitz, Weiguny und Genoffin Popp gewählt.

**Spanien.**

**Für und wider die Stierkämpfe.** Gegen die sonntäglichen Stierkämpfe ist seit längerer Zeit eine Bewegung im Gange, welche ausgeht von der organisierten Arbeiterkassen und unterstügt wird von einer Anzahl Gebildeten. Dagegen hat sich der sogenannte Stadtrat, eine Körperschaft, bestehend aus ehemaligen Ministern usw. mit Ausnahme von Silvela, für die Beibehaltung dieses rohen Vergnügens ausgesprochen. Ueberhaupt zeigt sich bei diesem Kampfe, daß die aufgeklärte Arbeiterkassen auf Seiten des Fortschritts steht, und daß die verrohenen Stierkämpfe ihre Vertreter fast nur bei den Mitgliedern der herrschenden Klassen finden.

### Aus der Partei.

**V. G. Billigen,** 23. März, Sonntag den 26. d. M., nachmittags 2 Uhr, veranstaltete der sozialdemokratische Verein und die vereinigten Gewerkschaften Schwemingen unter Mitwirkung des Genoffen „Freiheit“ im „Saalbau“ ihre Märzfeier. Die soll zugleich ein Protest sein gegen die russische Solokatasta und den von ihr verübten Massenmord. Als Redner trat Reichstagsabgeordneter Adolf G. d. gewonnen, auch wird das Theaterstück „D. welche Lust, Soldat zu sein“ aufgeführt. Zu dieser Feier sind auch die hiesigen Gewerkschaftsleiter und Parteigenossen eingeladen worden. Wir hoffen, daß recht viele die Feier besuchen, umso mehr, da uns die Schweminger auch in jeder Weise unterstützen. Abmarsch von der „Tonhalle“ um 1 Uhr. Der Eintritt kostet 30 Pf.

### Soziale Rundschau.

**Die sämtlichen Stredenarbeiter der Karlsruher Lokalbahn** sind am 15. d. M. in einen Streik eingetreten. Anlaß dazu waren Lohndifferenzen. Die Arbeiter, welche bisher einen Tagelohn von 2 M. 50 Pf. bezogen, stellen die Forderung auf 3 M. 50 Pf. pro Tag, also auf eine Tagelohnvergrößerung von 2 M. 70 Pf. Die Direktion, welche die Forderung der Arbeiter, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl seit Beginn des Betriebs der Lokalbahn in deren Diensten stehen, kurzer Hand ab, mit der Erklärung, daß sie nicht in der Lage sei, eine Aufbesserung eintreten lassen zu können. Die Arbeiter beschloßen deshalb, die Arbeit niederzulegen, was mit dem 15. März auch geschah. Die Direktion sucht sich nun in ihrer mühsigen Lage dadurch zu helfen, daß sie verschiedene Arbeiten, wie das Abladen von Schotter und Stehlen, durch Tagelöhner im Auftrag ausführen läßt. Sie begehrt dabei ganz enorme Preise, denn wie der „Bad. Landbote“ hört, soll der Tagesverdienst dieser Ausschlagarbeiter zum Teil die Höhe von 6 bis 7 M. erreichen.

Da hätte man auch den Arbeitern die verlangten 20 Pfennig Lohnzuwage geben können. Die Lokalbahndirektion ist aber offenbar der Meinung, daß die Arbeiter überhaupt nichts zu fordern haben.

**Für den Achtstundentag.** Von der Pariser Arbeitsbörse herab weht seit einigen Tagen eine dreißig Meter lange Fahne, auf welcher in großen Buchstaben die Worte geschrieben stehen: „Vom 1. Mai 1906 ab arbeiten wir nur noch acht Stunden täglich!“ Diese Worte bedeuten ein ganzes Programm. Es sind die in der allgemeinen Konföderation der Arbeit vereinigten Gewerkschaften, welche in dieser Weise den Kampf für die Erringung des Achtstundentags einleiten. Der Gewerkschaftskongreß von Bourges hatte eine besondere Kommission eingesetzt, welche die Agitation zu betreiben hat. Diese hat bereits mehrere Flugblätter verteilt, Plakate in großem und kleinem Format, an der Spitze kommunist, zur Hunderttausenden herstellen lassen. Diese Plakate und Flugblätter enthalten in kurzen Sätzen immer wieder die gleiche Forderung: „Einführung des Achtstundentags“ und werden bei jeder passenden Gelegenheit angeheftet. Selbst die Korrespondenzen und alle Schriftstücke, Drucksachen usw., welche die Gewerkschaften verwenden, sollen immer und immer wieder jene Appell enthalten. Auf diese Weise will man die Idee so populär machen, die gesamte Arbeiterkassen derart in den Gedanken hinein zu versetzen, daß die Reform schließlich durch nichts mehr aufgehalten werden kann.

### Gerichtszeitung.

**§ Karlsruher Straftammer III.** (Sitzung vom 22. März.)

In dem Hause des Drechslermeisters Benz zu Bergstrasse wurde am 27. Dezember v. J. dem Verurteilten

Wenz eine Taschenuhr im Werte von 6 M. und dem Drechslermeister Heller aus verurteiltem Holztoffer, dessen Schloß mit einem Werkzeug genauig angelehrt worden war, der Geldstrafe von 60 M. entworfen. Diese Diebstähle hatte der Drechslermeister Otto Wenz aus Reife begangen. Er stand bei Wenz seit Herbst 1904 in Arbeit und bewohnte mit den Beschloßen das gleiche Zimmer. Am 27. Dezember entfernte sich der Angeklagte aus Bergstrasse. Er wurde am 8. Februar in Sträßburg ermittelt und nach am gleichen Tage dort verhaftet. Der Gerichtshof erkannte gegen den schon mehrfach vorbestraften Angeklagten auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Die Verurteilung des Bahnbloßers Andreas Horn aus Eigel, den das Schöffengericht Durlach wegen Körperverletzung zu 45 M. Geldstrafe verurteilt hatte, wurde als unbegründet verworfen.

Dem gleichen Schicksal verfiel die Verurteilung des Tagelöhners Wilhelm Krell aus Oberndorf, der vom Schöffengericht Kallat wegen Widerstandes und Bedrohung mit 8 Tagen Gefängnis bestraft wurde.

In den drei Fällen, die noch weiter zur Verhandlung standen, erließ das Gericht ein gemeinsames Urteil, da es sich bei diesen Angelegenheiten um die gleichen Angeklagten handelte. Es waren der Schlosserlehrling Hermann Krell aus Durlach, der Tagelöhnerlehrling Friedrich Schilling aus Durlach, der Tagelöhner und der Malerlehrling Oskar Metzger aus Durlach wegen Diebstahls, sowie der Schlosserlehrling Wilhelm Streibel aus Durlach und die Ehefrau Emilie Kaur geb. Jhle aus Durlach wegen Hehlerei angeklagt. Die drei erstgenannten Angeklagten haben während der Monate November und Dezember in verschiedenen Verurteilungen zu Baden Diebstähle verübt und sich dabei Kleiderstücke, 1 Petroleumlampe, 3 Zylinder, 1 Koffer, 1 Koffer, 8 Pfund Butter, 50 Eier und 30 Pfund Speise angeeignet. Jhle und Metzger hatten ferner am 20. Januar in Durlach aus dem Hause des Schuhmachers G. Kraus des früheren Pflegeraters des Rieger, den Geldbetrag von 33 M. entwendet. Einen Teil der gestohlenen Waren hatte die Ehefrau Kaur an sich gebracht. Bei Streibel, der ebenfalls der Hehlerei beschuldigt war, hielt dies das Gericht nicht für erwiesen. Dieser Angeklagte wurde deshalb freigesprochen. Bezüglich der übrigen Angeklagten ergingen folgende Urteile: Jhle 1 Monat 6 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Wochen Unterdrückungshaft, Jhle 3 Monate 8 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Wochen Unterdrückungshaft, Ehefrau Kaur 9 Wochen Gefängnis und Rieger 3 Monate 2 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Wochen Unterdrückungshaft.

### Badische Chronik.

**Karlsruhe, 24. März.**

**Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins,** welche am 1. April die Wohnung wechseln, werden ersucht, ihre neuen Adressen an den Vorsitzenden des Vereins, Genossen W. Koll, gelangen zu lassen. Auch den Volksfreund-Abonnenten, die jetzt umziehen, ist zu empfehlen, der Expedition unseres Blattes rechtzeitig die neue Adresse bekannt zu geben, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

**Die Sünde wider das achte Gebot** ist dem „Wohlbäcker“ zur Genüge bekannt. Das ist schlimm für ein frommes, christliches Blatt, schlimm für ein Blatt, das angeblich für Wahrheit und Recht kämpft. Wir haben dem „Wohlbäcker“ schon oft im Sündenregister erlitten und werden die Sünde wider das achte Gebot mit Heftigkeit geübt werden muß, dann hat so ein „Wohlbäcker“ Respekt alle Ansicht, viele Jahre im Respekt zu schmachten, bis er als von der Sünde gereinigter Engel bei St. Petrus landen findet. Der „Wohlbäcker“ wendet besonders dem „Volksfreund“ gegenüber den Eric an, daß er, um die eigene Unmoralität zu verdecken, bei jeder Gelegenheit unsere Wahrheitsliebe in Zweifel zieht, aber uns direkt der Lüge bezichtigt. Wenn irgend ein Blatt notwendig hat, in puncto Wahrheitsliebe sein Fall zu sein, dann ist es der „Wohlbäcker“. Das beweist das fromme Blatt auf neue in den Urteilen, die es in seinen Spalten über die Ausführungen eines Redners bezüglich des Karlsruher Maurerstreiks verüben läßt. Anstatt unsere Feststellungen gelten zu lassen und zuzugeben, daß die christlich organisierten Bauhandwerker in jenem Streit nicht wie die übrigen Maurer ihre Pflicht als Arbeiter getan haben, macht das Blatt aus dem Vorwurfe, daß wir „einen sonderbaren Begriff von Wahrheit“ hätten. Dabei muß das wahrheitsliebende Blatt eingestehen, daß es wahr ist, daß die christlich organisierten Arbeiter erst in der dritten Streikwoche in den Streit eingetreten sind. Diese auch mit aller jenseitigen Rücksicht nicht abzuleugnende Tatsache wird jetzt damit zu entbehren versucht, daß die betr. christlichen Maurer erst hätten kündigen müssen. Das mußten aber die meisten streikenden Maurer auch tun und doch war der Streit schon drei Wochen im Gange, als die Christlichen sich angeschlossen. Unsere zweite Feststellung, daß der christliche Bauhandwerker-Verband seinen Mitgliedern nur acht Wochen lang Streikunterstützung bezahlt habe, glaubt man widerlegen zu können mit dem Hinweis darauf, daß der christliche Verband seinen Mitgliedern in Durlach 2000 M. Unterstützung bezahlt habe. Wenn das so ist, auch richtig sein mag, so ist damit aber noch keineswegs bewiesen, daß die Unterstützung länger als acht Wochen bezahlt wurde. Unsere dritte Feststellung, daß die „Christlichen“ während der letzten fünf Wochen des Streiks gearbeitet haben, soll widerlegt werden durch die Behauptung, daß während des Streiks ein Mitglied des christlichen Bauhandwerker-Verbandes sich selbständig gemacht und einen Teil der Mitglieder der Verwaltung, welche beschuldigt habe. Wo aber blieb der übrige Teil, verbrühter „Wohlbäcker“? Von den ca. 40 Durlacher christlich organisierten Maurern haben nur wenige bei dem während des Streiks selbständig gewordenen ehemaligen Parler Klub gearbeitet. Die meisten aber arbeiteten bei den Firmen Walter, Pfeifer und am Rathaus. Diese sind die Firmen, die die Maurermeister Adolf Heinrich Weber, die christlichen hatten, also der Streikbrecher, die Dienste getan. Auch ist es nicht richtig, daß der oben genannte Herr Krell die Forderungen des Streikenden bewilligt hätte; er hat lediglich gesagt, daß er demjenigen 45 Pf. bezahle, der es verdiene. Bei alledem bezieht der „Wohlbäcker“ den Mut, uns fonderbare Vergleiche von Wahrheit zu unterstellen. Wir meinen, ein Blatt, das in so durch und durch unehrlicher Weise sich um die Wahrheit herumzudrücken sucht, hätte am aller-nächsten Ursache, einen derartigen Vorwurf gegenüber anderen zu erheben. Ein gutes hat aber doch die gewohnheitsmäßige Malträtierung der Wahrheit in der „frommen“ Presse. Sie öffnet allmählich so manchem die Augen, der bisher blindlings dem schwarzen Heerhaufen folgte. Mühen haben demnach bemächtigt kurze Weine und sie werden auch nicht anders beurteilt, wenn sie nach Wehrung duften.

**Im Nachhinein** sind die Herren von der schwarzen Partei Hauptkräfte. Die an unsere Parteigenossen gerichtete Aufforderung, daß jeder auch nur einen Moment gewinnen soll, wird jetzt im „Wohlbäcker“ nachgehandelt. Der „Wohlbäcker“ fordert seine Anhänger überhaup zu ruhiger Tätigkeit für die Presse und die Partei auf, ein Grund mehr für unsere Parteigenossen, in der Agitationsarbeit alle Kräfte aufzutreiben und an der Weiterverbreitung des „Volksfreund“ ganz energisch zu arbeiten.

**In der Bahnhofs-Unterebene** hat der hiesige Stadtrat unter dem 17. d. M. folgendes Schreiben an die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen gerichtet:

„Durch die hiesigen Zeitungen geht die Notiz, daß mit den Arbeiten für den Karlsruher Hauptbahnhof vorläufig nicht begonnen, vielmehr zunächst abgewartet werden soll, welches Resultat die Verhandlungen über die Betriebsmittelgemeinschaft und die Tarifreform haben wird. Obgleich uns die Notiz nicht glaubhaft erscheint, und wir uns auch nicht denken können, welcher Zusammenhang zwischen dem hiesigen Bahnhofsneubau andererseits besteht, so erlauben wir uns doch hohe Bedörfe um

freundliche Auskunft in der Sache zu bitten, damit wir in der Lage sind, das hiesige Publikum, dessen sich eine gewisse Beunruhigung bemächtigt hat, aufzuklären.“

Daraufhin ist unter dem 20. d. M. von der großherzoglichen Generaldirektion nachstehende Antwort eingetroffen:

Die Mitteilung der Zeitungen, daß die Verlegung des hiesigen Bahnhofs vorläufig aufgegeben sei, ist ganz grundlos. Wie Sie inzwischen aus der „Karlsruher Zeitung“ vom 19. März l. J. erfahren haben werden. Sie hatten vollständig recht, die Zeitungsmitteilung und den Zusammenhang der Betriebsmittelgemeinschaft und Peronentarifreform mit dem hiesigen Bahnhofsneubau zu begreifen. In der Tat besteht kein solcher Zusammenhang; er läßt sich überhaupt nicht denken.

Es wäre auch nicht zu begreifen, weshalb die Eisenbahnverwaltung erst in den letzten Wochen wieder mit dem Stadtrat über die Gestaltung der neuen Bahnhofsanlage ins Benehmen getreten wäre, weshalb sie einen Verbleib über die Bahnhofsanlage für die Hauptgebäude veranlaßt hätte und die eingeleiteten Entwürfe nach Beendigung des Preisgerichts ausstellen würde, wenn die Absicht hätte, die Bauausführung zu verweigern. Auch wäre die Absicht nicht zu begreifen, daß bis jetzt für den Bahnhofsneubau nahezu 2 Millionen Mark verausgabt sind, darunter 200 000 M. seit 1. Januar 1905. Die Eisenbahnverwaltung ist im Gegenteil bestrebt, den Neubau nach Möglichkeit zu fördern.

Wir würden dem berechtigten Stadtrat dankbar sein, wenn er durch Aufklärung über den Sachverhalt zur Beruhigung des Publikums, das durch die falschen Zeitungsmitteilungen unnötig erregt worden ist, beitragen wollte.“

Wie wir aus dem Stadtratbericht erfahren, hat der Stadtrat von dem Schreiben der Generaldirektion mit Befriedigung Kenntnis genommen. Ob auch das Publikum und besonders jener Teil der Einwohnerkassen, der an der Verlegung des Bahnhofs sehr großes Interesse hat, befriedigt ist, scheint uns doch recht fraglich. Obwohl Bestimmer als das Dementi in der „Karlsruher Zeitung“ lautet diese Erklärung der Generaldirektion immerhin. Wenn im Publikum, nach Meinung der Generaldirektion durch falsche Zeitungsmitteilungen, eine Beunruhigung entstanden ist, so trägt daran die Generaldirektion den größten Teil der Schuld. An ihr hätte es gelegen, die Öffentlichkeit über den Stand der Angelegenheit auf dem Laufenden zu erhalten und dadurch allen falschen Vermutungen vorzubeugen. Es ist auch völlig unbefähigt, ob zwischen dem Bahnhofsneubau und der Betriebsmittelgemeinschaft ein Zusammenhang besteht, wie es am Ende auch gleichgültig ist, ob bei der Generaldirektion die Absicht der Verlegung bereits vorhanden ist. Auch ist nicht einmal der zum Bahnhofsneubau notwendige Geländeerwerb abgeschlossen, obwohl dieser nach einer von Herrn v. Bauer neuerzeit im Landtag gegebenen Versicherung bis Ende 1904 beendet sein sollte. Die tatsächliche Verzögerung der Angelegenheit kann mit aller Dementierkraft nicht bestritten werden.

**Die Wahlen der Vertreter der Arbeiter zur Generalversammlung der Karlsruher Arbeiter-Ortskommission** fanden am Mittwoch Abend zwischen 6 und 6 1/2 Uhr statt. Die Beteiligung an der Wahl war im Vergleich zu früher eine großartige. Während vor zwei Jahren nur 285 Stimmen abgegeben wurden, so betrug diesmal die Zahl der abgegebenen Stimmen 1105. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Mitglieder der Kasse an den Einrichtungen derselben mehr als früher Interesse nehmen, ein Erfolg, der auch wieder der Organisation zu danken ist. Die Mitglieder der Jungmännerkassen haben aber auch allen Grund, mit den Einrichtungen der Kasse unzufrieden zu sein. Bei einem 14tägigen Beitrag von 1 Pfennig (inkl. Anwaltskostenbeitrag) bekommen die ertanteten Mitglieder in der höchsten Klasse eine Unterstutzung von täglich 1,00 M., also höchstens 9,00 M., während die allgemeine Ortskommission bei einem 14tägigen Beitrag von 1,35 M. eine Unterstutzung von 14 M. pro Woche bezahlt. Die von der Jungmännerkassen geleistete Unterstutzung ist durchaus ungenügend. Die Arbeitervertreter, die nun in die Generalversammlung der Kasse gewählt wurden, müssen dahin wirken, daß bei entsprechender Erhöhung der Beiträge die Unterstutzungssätze auf die gleiche Höhe wie bei der Ortskommission gebracht werden, oder aber, daß die Jungmännerkassen aufgelöst und damit ihren Mitgliedern der Beitritt zur allgemeinen Ortskommission ermöglicht wird.

**Vom Tuberkulose-Museum.** Es sind nunmehr im Jahre 1905 sämtliche verfügbare Sonntage im Tuberkulose-Museum zu Karlsruhe mit Gesellschaftsveranstaltungen besetzt. Nur ausnahmsweise lassen sich für einzelne Sonntage noch Sitzungen einrichten. Es empfiehlt sich, Anmeldungen für das Jahr 1906 schon jetzt vorzunehmen, namentlich, wenn auf einen Sonntag in der nächsten Jahreszeit Wert gelegt wird. Bei der Anmeldung ist die ungefähre Zahl der Teilnehmer anzugeben. Für je 50 bis 60 wird ein Sonntag reserviert werden. Die Zahl der Teilnehmer betrug bis jetzt 3500 und zwar zum größten Teil Arbeiter. Doch beteiligten sich erfreulicherweise auch andere Berufe. So wurden für die Karlsruher Volkskuchener vier Sonntage reserviert. Die Landgemeindeführer des Amtsbezirks Karlsruhe haben sich angemeldet. Für die Schuttmannschaft zu Karlsruhe sind vier Sitzungen an Werktagen vorgesehen. Unter den Arbeiterorganisationen zeigt das Gewerkschaftsamt Durlach die stärkste Beteiligung, indem es sich zu nächst für 6 Sonntage anmeldete. Gewöhnlich erscheinen beträchtlich viele Personen, als ursprünglich angemeldet wurden. Aber auch die nicht angemeldeten Versuche werden von Sonntag zu Sonntag beliebiger, was ein steigendes Interesse am Museum erkennen läßt.

**Ein hunderter Theaterabend** wird von den Mitgliedern der Pensionistenkassen der Hoftheater am nächsten Dienstag im Hoftheater veranstaltet. Das Ereignis der Veranstaltung soll der Kasse der Pensionistenkassen zufließen. Das Programm ist festgelegt; es bietet eine reiche Fülle künstlerischer Genüsse auf dem Gebiete des Humors. Eine weitere Überbreite wird dem Abend einleiten, dann folgt ein Prolog und darauf eine moderne Vaudevillekomödie „Die einsamen Menschen vom Schiller“. In dieser Komödie treten Vaudeville-Pilosophen auf, denen Kant und Hegel, Schopenhauer und Nietzsche so geläufig sind, als ob die Philosophiererei ihrer Mutter wäre. Im Prolog und Tanz folgt ein selbstverfälschtes Lied. Ein schwedisches Damenquartett, aus den Schwestern der Oper gebildet, wird sich hören lassen, mehrere Kunststücke vorzutragen. Ein einladendes Ballet, das eine neue Krema-Ballerina und eine Schillerin der Witz, Adora Dumfries gewonnen sein. Den Schluß macht Supper Operette „Die schöne Galathea“. Der Beginn der Aufführung ist auf 8 Uhr festgelegt, damit alle Kreise der Bevölkerung Gelegenheit haben, an der einen wohlthätigen Zweck gewidmeten Veranstaltung teilzunehmen.

**Kolosseum.** „Schö g'heert is a scho“, behauptet der glückliche Mäz, der zurzeit im Kolosseum antritt und es ausgezeigert versteht, die Ladungsmittel des Publikums sowohl durch seine Erzählungen, als besonders auch durch sein Mienenpiel zu erregen. Wer bei Max's Erzählungen nicht zum Lachen kommt, muß schon ein rechter Saurotopf sein. Die beiden Gelangsbildhauerinnen Z. d. a. und M. a. C. a. r. e. n. e., welche das Programm eröffnen, haben mit ihren Darstellungen das Publikum sichtlich begeistert. Die Verlobungs-Schwestern Agathe und Marie, die ihre Köpfe in die Luft schlugen, haben die Grotte. Das W. a. l. i. e. r. i. o. leistet auf dem Gebiete der akrobatischen Kunst ganz vorzügliches, die Grotte, die hat in den „Frères Niegro“ ausgezeichnete Vertreter gefunden, für deren Leistungen es wirklich schade ist, daß sie durch den am Schluß des Programms im Publikum jeweils ausbrechenden „Lärm“ nicht die verdiente Beachtung finden. Giesela Konrady weiß als Grotte- und Zirkelkünstlerin mit ihren gelungenen Tritten das Publikum sichtlich zu unterhalten. Eine gelungene Leistung auf musikalischen Gebiet bringt das Findabona-Quartett, die vier verrätlichen Musik-Professoren. In Madama Konrady lernen wir eine Rechenkünstlerin kennen, die in ihrer Kunst geradezu Erstaunliches leistet. Auch der Kolosseumkapelle wollen wir gerecht werden, indem wir ihre Darstellungen lobend anerkennen. Die Direktion hat sich bemüht, das vorliegende Programm der Saison recht auszufüllen und man darf hoffen, daß



